

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Ämtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 250

Donnerstag, den 23. Oktober 1924.

48. Jahrgang

## Die Auflösung des Landtags beschlossen.

Berlin, 22. Oktober. Der Preussische Landtag hat heute den Beschluß der Landtagsauflösung zum 7. Dezember gefaßt. Der Landtag wird bis zum 6. Dezember tagen. Zu Landtage wurde, nachdem das Haus eine Reihe von Stats bewilligt hatte, zu dem Haushalt für das Staatsministerium von der deutschnationalen Fraktion folgendes Mißtrauensvotum eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Minister für Handel und Gewerbe und dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten das Vertrauen zu entziehen.

Der Haushalt des Staatsministeriums wurde nach einer kurzen Aussprache bewilligt. Ueber das Mißtrauensvotum wird morgen abgestimmt werden.

### Preussischer Landtag.

Berlin, 21. Oktober.

Das Haus nimmt zuerst die wiederholte Abstimmung zu dem Entwurf über den Abbau von Wahlbeamten vor, bei dem sich am Vortage die Beschlussunfähigkeit des Hauses ergeben hatte, da die Rechte sich der Stimme enthalten hatte. Auch heute enthielten sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei der Stimme. Abgegeben wurden 208 Stimmenten; das Haus ist wiederum beschlussunfähig, da vier Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlen.

Vizepräsident Dr. Forst setzt sofort eine neue Sitzung an. In der neuen Sitzung steht die zweite Beratung der Novelle zum Landeswahlgesetz (Angleichung an das Reichswahlgesetz) zur Beratung.

Der Ausschuß hat dazu noch eine Entschließung angenommen, wonach das Staatsministerium ersucht werden soll, binnen zwei Monaten nach Verabschiedung des Gesetzes einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Wahlpflicht für die Wahl zum Preussischen Landtag einführt.

Ein Antrag der Demokraten, wonach

die Kreiswahlvorschläge

von mindestens 1000 Wählern unterzeichnet sein müssen, während die Unterschrift von 20 Wählern solcher Parteien genügen soll, die im Landtag vertreten waren, wurde in der Fassung angenommen, daß statt „1000“ gesetzt wird „500“.

Die Vorlage wird auch gleich in dritter Beratung nach den Beschlüssen des Ausschusses en bloc mit der vorhin erwähnten Abänderung angenommen, ebenso in der Schlussabstimmung, und zwar mit mehr als Zweidrittelmehrheit.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Antrag der Regierungsparteien auf Auflösung des Landtages; Fortsetzung der Haushaltsberatung).

Berlin, 22. Oktober.

An erster Stelle der heutigen Tagesordnung steht folgender, von sämtlichen Parteien gestellter Antrag:

Nachdem das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Vizepräsidenten als Tag der Neuwahl des Preussischen Landtages den 7. Dezember 1924 bestimmt hat, löst sich der Landtag am 6. Dezember dieses Jahres auf.

In der Besprechung nahmen nur der Kommunist Abgeordneter Meyer-Ostpreußen und der Deutschnational Dr. Winkler das Wort. Letzterer gab der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Landtag nach der Wahl sobald als möglich einberufen werde, damit Preußen endlich zu einer anders zusammengesetzten Staatsregierung käme.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen unter Ablehnung kommunistischer Anträge betr. Haftentlassung aller Wahlkandidaten und Aufhebung des Belagerungszustandes. Vizepräsident Dr. v. Kries stellte fest, daß mehr als zwei Drittel der Auflösung zugestimmt haben, der Antrag also mit der gesetzlichen erforderlichen Mehrheit angenommen sei.

Hierauf wird die 2. Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums fortgesetzt.

Abg. Gehrmann-Nathenow (Komm.) erklärt, die Erwerbslosenfürsorge habe vollständig Bankrott gemacht.

Abg. Dallmer (Deutschnat.) fordert größere Berücksichtigung der christlichen Kirche im Dienste der Wohlfahrtsfürsorge.

Hierauf wird der Haushalt des Wohlfahrtsministeriums angenommen, ebenso der Haushalt der Domänenverwaltung und der Geflügelverwaltung. Zum Haushalt für den Landtag kritisiert Abg. Frau Wolfstein (Komm.) das Verhalten des Ministerpräsidenten Leinert, der im rüstigen Alter von 50 Jahren die

Erwerbslosenunterstützung von jährlich 28 000 Mark verlangt. Leinert habe ihr verfassungswidrig die Eisenbahnfreikarte entzogen. (Gelächter.) Die Judasse in der Sozialdemokratie hätten zu allen Schandtaten Leinerts geschwiegen. Die Kommunisten verlangten die sofortige Amtsenthebung Leinerts, Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und Einleitung eines Disziplinarverfahrens. (Großer Lärm im ganzen Hause.)

Abg. Greczinski (Soz.) spricht unter andauerndem Lärm der Kommunisten diesen das Recht ab, über Leinert zu urteilen.

Abg. Deerberg (Deutschnat.): Der Landtag möge doch in Schönheit sterben. Zu der Korruption haben die Kommunisten ihr gut Teil beigetragen. Der Redner hält den Kommunisten, die seine Ausführungen mit großem Lärm begleiten, vor, daß sie den Schutz der Immunität mißbraucht hätten.

An der weiteren Auseinandersetzung über diese Angelegenheit beteiligen sich die kommunistischen Abgeordneten Dr. Meyer-Ostpreußen und Frau Wolfstein, sowie der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Deerberg. Mehrere Kommunisten werden wegen beleidigender Zurufe gegen den Abg. Dr. Deerberg zur Ordnung gerufen.

Der Haushalt des Landtages wird genehmigt.

Den Haushalt des Staatsrates lehnt Abg. Meyer-Ostpreußen (Komm.) ab, während

Abg. Dr. Hoffmann-Münster (Deutschnat.) bemerkt, daß der Staatsrat nach Auffassung seiner Partei eine Staatsnotwendigkeit sei. Der Haushalt wird bewilligt.

Zum Haushalt für das Staatsministerium und den Ministerpräsidenten hat die deutschnationalen Fraktion ein Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Braun, den Minister des Innern Sebering, den Handelsminister Siering und den Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf eingebracht, das vom Abg. Bachem (Deutschnat.) besonders mit Rücksicht auf die Zustände im Saargebiet und im besetzten Gebiet begründet wird.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) will dieses Mißtrauensvotum auch auf den Justizminister ausgedehnt sehen und erklärt die Zustimmung der Kommunisten zu dem deutschnationalen Antrag.

Abg. Dr. Wiemer (D. Vpt.) erklärt, daß seine Partei dem Mißtrauensvotum nicht beitreten könne, da ja doch am 7. Dezember das Volk die Entscheidung fällt. — Der Haushalt wird angenommen. Ueber das Mißtrauensvotum wird am Donnerstag abgestimmt werden.

Der Haushalt des Finanzministeriums wird angenommen, nachdem Abg. Ebersbach (Deutschnat.) Beschwerde über die Behandlung der Beamten erhoben und Abg. Dahlem (Komm.) die Abfindung der Hohenzollern kritisiert hatte.

Zum Haushalt des Ministeriums für Wissenschaften, Kunst und Volksbildung verzichtet eine ganze Reihe von Rednern auf das Wort.

Abg. Delze (Deutschnat.) bedauert das Nichtzustandekommen des Reichsschulgesetzes.

Abg. Köp (Nat.-Soz.) bestreitet, daß der Evangelische Bund konfessionelle Hege treibe.

Der Kultushaushalt wird angenommen, ebenso auch nach kurzer Erörterung der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung und des Haushaltsgesetz.

Finanzminister Dr. von Richter teilte mit, daß eine neue Grundsteuer vorbereitet werde.

Nächste Sitzung Donnerstag.

### Beginn des Wahlkampfes.

Eine Entschließung des Zentrums.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstages und des Preussischen Landtages haben eine Beratung über die politische Lage abgehalten und schließlich einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Ein bedeutsamer Kampf steht bevor. Die Zentrumspartei hat ihn nicht gesucht; sie sieht ihm jedoch in der Ueberzeugung von der Richtigkeit und vaterländischen Notwendigkeit ihrer Politik und im Vertrauen auf die bewährte Treue ihrer Wähler mit unbeirrbarer Zuversicht entgegen. Am 27. und 28. Oktober tagen der Reichs- und preussische Parteitag. Ihre vornehmste Aufgabe wird es sein, die großen Richtlinien für den kommenden Wahlkampf zu ziehen.“

Es wird schließlich verlangt, daß alle unteren Instanzen die Beschlüsse des Parteitages abwarten sollen.

### Wahlausruf der Demokraten.

Auch die demokratische Partei hat einen Wahlausruf veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

„Wir sind nicht Republikaner, weil wir uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen. Republik und Demokratie sind uns Verkörperungen einer tiefen Ueberzeugung. Angesichts des Vorstoßes der Reaktion ist die Republik in Gefahr. Sie soll ausgehöhlt, sie soll unterminiert werden. Die Nation soll durch innenpolitische Kämpfe zerrissen und geschwächt werden. Dagegen kämpfen wir.“

### Weitere Austritte bei den Demokraten.

Berlin, 22. Oktober. In Hessen sind Rechtsanwalt Dr. Friz, A. Pagenstecher-Mainz, demokratischer Abgeordneter der hessischen Volkstammer, Mitglied der Deutschen Volkspartei geworden. Der frühere großherzoglich badische Staatsminister Freiherr v. Bodmann ist aus der Partei ausgetreten.

Eine parteiamtliche demokratische Veröffentlichung erklärt diesen Schritt der Abgeordneten damit, daß diese ohnehin bei der Neuaufstellung der Kandidaten nicht mehr berücksichtigt worden wären.

### Reichsminister a. D. Schiffer über seine Beweggründe.

Der frühere Reichsminister und bisherige demokratische Reichstagsabgeordnete Schiffer gibt jedoch eine andere Darstellung der Gründe, die ihn zum Austritt aus der demokratischen Partei veranlaßt haben. Er erklärt nämlich:

„Die Ursache ist die allgemeine Lage, innerhalb der Partei und besonders der Fraktion. Es ergaben sich sehr starke Differenzen zwischen unserer Anschauung und der Haltung unserer Fraktion. Ein Zusammenarbeiten schien nicht mehr möglich. Die Einstellung unserer Fraktion zu einer Aufnahme der Deutschnationalen in die Reichsregierung war nur eine äußere Kennzeichnung des Risses innerhalb der Fraktion. Im Interesse der politischen Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, die mich immer leitete, konnte ich nur die Konsequenz des Ausscheidens aus der demokratischen Partei ziehen.“

### Durch Kleingeister in den Sumpf geführt.

Zum Zerfall der „Deutsch-Demokratischen Partei“ schreibt der „Lokalanzeiger“: Die Entschließung der Abgeordneten Schiffer usw. bedeute nicht mehr und nicht weniger als den völligen Zusammenbruch der Demokratischen Partei. In dem Augenblick, in dem sie sich ansieht, ihren Wahlkampf Seite an Seite mit der Sozialdemokratie aufzunehmen, geben ihr Männer wie Schiffer, Reinath, Dominic us und Grund den Laufpaß, Männer, die sie in den Jahren, die hinter uns liegen, stets und ständig in vorderster Reihe mit für die Durchführung demokratischer Politik ins Treffen geführt hat.

Die „D. A. Z.“ meint: Der Massenaustritt dieser Prominenten ist von geradezu durchschlagender Wucht und besiegelt das Schicksal der von Kleingeistern und Nörglern wie Koch und Erkelenz glücklich in den Sumpf geführten Partei.

Der „Tag“ schreibt: Die Krise bei den Demokraten ist die erste Quittung, die die Partei für den Verrat am Bürgertum erhalten hat. In ähnlicher Weise äußern sich auch die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Krenzzeitung“.

Die „Vossische Zeitung“ ist der Ansicht, daß dieser Schritt der drei Abgeordneten und ihrer Gesinnungsgenossen aus der Landtagsfraktion nicht auf die leichte Achsel zu nehmen sei, weil eine struppellose Agitation diesen Auftakt zur Wahlschlacht dazu benützen wird, daraus Kapital zu schlagen gegen die demokratische Partei. Die übrigen demokratischen Blätter beschränken sich auf die Wiedergabe der parteiamtlichen Stellungnahme.

Da bleibt also nichts mehr von der Deutsch-Demokratischen Partei als jene etwa 16 Mann starke Gruppe, die völlig sozialistisch eingestellt ist und demnach zu den Sozialdemokraten gerechnet werden muß. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Rest der Demokraten verfliegt oder von der roten Internationale aufgefressen wird, ehe noch der Wahlkampf voll entbrannt ist.

### Ludendorff kandidiert wieder.

Berlin, 22. Oktober. Entgegen anderslautenden Gerüchten, teilt die Presseleitung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei mit, daß General Ludendorff diesmal auch wieder als Spitzenkandidat auf die nationalsozialistische Reichsliste gesetzt werden soll.

Wie verlautet, wird Großadmiral von Tirpitz bei den kommenden Reichstagswahlen als Spitzenkandidat der Deutschnationalen im Wahlkreis Ober-Bayern I/Schwaben aufgestellt werden. Man rechnet damit, daß auch die Deutsche Volkspartei diesmal für die Kandidatur Tirpitz eintreten wird.



# Die deutschnationalen Ziele.

Graf Westarp vor seinen Wählern.

In einer öffentlichen Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin-Wilmersdorf sprach am Dienstag abend der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Graf Westarp. Der Redner beschäftigte sich zunächst mit außenpolitischen Fragen und schilderte die Gründe, die für die Deutschnationalen maßgebend waren, um den Eintritt in die Regierung zu betreiben. Er erklärte, es werde darauf ankommen, wer die deutsche Regierung bei der Handhabung der Gutachten-Gesetze zu vertreten hat. Man werde alles daran setzen müssen, die Gesetze für Deutschland erträglich zu machen. Die amtliche Notifizierung der Kriegsschuldverklärung sei den Deutschnationalen zugesagt worden. Sie werden in der Regierung wie in der Opposition mit gleicher Entschiedenheit darauf drängen, daß hier endlich das Notwendige geschieht. Der Eintritt in den Völkerbund werde von den Deutschnationalen nicht erstrebt. Unmöglich ist auch die Beibehaltung der Militärkontrolle. Solange noch ein Franzose in den widerrechtlich besetzten Gebieten ist, kann Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht erfolgen.

Redner erklärte dann weiter, die Deutschnationale Volkspartei kann nur in eine Regierung eintreten, wenn ihr ein Einfluß eingeräumt wird, der es ihr ermöglicht, auch Verantwortung für die deutsche Regierung mit zu übernehmen. Wir können und werden in keiner Koalitionsregierung deutschnationale Politik treiben. Wir wissen aber sehr wohl, daß wir nicht mit allen unseren Zielen durchkommen. Wir werden uns in Einzelheiten einigen müssen. An die vom Reichkanzler Marx gewünschte Volksgemeinschaft mit Einschluß der Sozialdemokraten hat kein Mensch ernsthaft geglaubt. Notwendig ist eine Gesinnungsgemeinschaft, eine Zusammenfassung aller nationalen, sozialen und bürgerlichen Kräfte. Die Richtlinien des Reichkanzlers waren nicht geeignet, eine ernsthafte Grundlage für ein Zusammengehen von Deutschnationalen und Sozialdemokraten zu geben. Nur ohne und gegen die Sozialdemokratie kann in Deutschland regiert werden. Es ist falsch, wenn man sagt, wir hätten die Richtlinien des Kanzlers vorbehaltlos angenommen. Wir haben uns insbesondere mit dem Satz über den Eintritt in den Völkerbund nicht einverstanden erklärt. Auch die übrigen Punkte der Richtlinien haben wir nur als Verhandlungsgrundlage angenommen.

Unsere Kritik an den Londoner Abmachungen hatten wir voll aufrecht. Von all den Verhandlungen der letzten Wochen muß festgestellt werden, daß die Deutsche Volkspartei festgeblieben ist und fest zu ihrem Wort gestanden hat. Von Interesse sind die Vorgänge beim Zentrum. Es ist unwidersprochen geblieben, daß BIRTH gedroht hat, bei einem Zusammengehen mit den Deutschnationalen eine eigene christlich-demokratische Partei zu gründen. Wir haben uns in den Verhandlungen nicht festgelegt, da wir noch keine sichere Grundlage hatten. Immer wieder wurde unser Eintritt von den Demokraten abhängig gemacht. Gewiß wäre die Mehrheit einer Regierung ohne Demokraten schwach gewesen, aber man hätte die parlamentarischen Schwierigkeiten auf sich nehmen müssen. Vom Parteienstandpunkt ist die Auflösung nicht zu bebauern, sie hat gewirkt wie eine Erösung auf dem Sumpf der jammervollen Verhandlungen der letzten Wochen. Eine der ersten Forderungen, deren Erfüllung von der Deutschnationalen Volkspartei angestrebt wird, ist die Schaffung eines Schulgesetzes. Bei der Wahl am 7. Dezember geht es um rechts oder links. Am 4. Mai ist die Entscheidung nicht gefallen. Der größte Gegner, der zu überwinden ist, wird die Wahlmüdigkeit sein. Erfreulich ist, daß auch der Landtag aufgelöst wird. Eine weitere Parole der Deutschnationalen ist die Erzwingung der Reichspräsidentenwahl. Daneben fordern wir: Fort mit der sozialdemokratischen Mißwirtschaft in Preußen.

## Geßler für Erweiterung nach rechts.

Berlin, 22. Oktober. Die demokratische Presse, die durch den Massenaustritt demokratischer Reichstags- und Landtagsabgeordneter heute morgen geradezu konsterniert war und in ihrer allgemeinen Bestürzung nur noch die Sprache zu gehässigen Beschimpfungen der Ausgetretenen fand, atmte heute nachmittag wieder etwas auf, weil Herr Geßler hatte erklären lassen, daß er aus der Partei nicht austreten werde. Die demokratische Presse wird morgen früh wieder etwas kleinlauter werden, nachdem sich Herr Geßler heute in einem Interview mit der „D. A. Z.“ über seine Einstellung zur demokratischen Partei eingehend ausgesprochen hat.

Der Minister hat betont, daß er zu der Minderheit der Fraktion gehört habe, die der Erweiterung nach rechts zustimmte. Er sei absichtlich während der letzten Verhandlungstage mit keiner Silbe an die Öffentlichkeit getreten. Da Deutschland gegenwärtig in der kritischen Zeit der Militärkontrolle stehe, müsse sein dienstliches Interesse verständlich sein, nicht in die Arena der Politik gerufen zu werden. Bei der Frage, ob er im Kabinett gegen den Willen seiner Fraktion bleiben würde, habe es sich bei ihm einfach um eine Frage der Wohlstandigkeit gehandelt. Er sei aber der Ansicht, daß man jetzt nach rechts die Koalition erweitern müsse, um über diesen Winter mit seinen großen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Aus der Partei sei er deshalb nicht ausgetreten, weil er sich zu seinen bayrischen Parteifreunden rechne, die stets für den Reichsgedanken gekämpft haben. — Nach einer Billigung der demokratischen Parteipolitik sehen diese Erklärungen des Reichswehrministers gerade nicht aus.

Die Ratten verlassen das sinkende demokratische Partei-schiff, das an den Klippen des 7. Dezember zerschellen wird.

### Die Absage an die Anti-Nationalen.

Berlin, 22. Oktober. Wie die L.-A. erzählt, hat das Schreiben, das die aus der Deutsch-Demokratischen Partei ausgeschiedenen Reichs- und Landtagsabgeordneten an den Parteivorstand richteten, folgenden Wortlaut:

Durch die Entwicklung, die die Deutsch-Demokratische Partei in der letzten Zeit genommen, hat sie sich mehr und mehr von der Grundlage entfernt, auf der sie errichtet worden ist. Sie wurde nach dem Umsturz in der Absicht geschaffen, durch Begründung einer großen liberalen Partei die vielbesagte Zersplitterung des deutschen Liberalismus endlich zu überwinden und eine verfassungstreue bürgerliche Mittelpartei ins Leben zu rufen. Als solche war sie von der weitaus größten Zahl ihrer Begründer und ihrer ersten Mitglieder gewollt. Es lag durchaus in dieser Richtung, daß die Partei jahrelang mit der Sozialdemokratie zusammenarbeitete und auf ihre Heranziehung zu den Staatsgeschäften ausschlaggebenden Wert legte. Dagegen fehlte eine entsprechende Haltung nach der andern Seite. Die Zurückweisung des Zusammenwirkens mit der

Deutschnationalen Volkspartei wurde geradezu zum Grundsatze. Sie erfolgte, wie sich gerade jetzt deutlich gezeigt hat, auch dann, wenn diese Partei sich bereit erklärte, auf den Boden der Verfassung und der von den Mittelparteien bisher betriebenen Politik zu treten und durch die Beibehaltung der für diese Politik maßgebenden Personen hierfür Garantie zu leisten.

Diese einseitige Entwicklung zeigte sich auch in der Führungsnahme zu den sachlichen Problemen der Politik. Nach außen trat ein übertriebener Pazifismus, nach innen ein abstrakter Dogmatismus und die Hinneigung zu einer einseitigen Konsumentenpolitik in den Vordergrund und entfremdete der Partei in stets steigendem Maße alle Elemente, die sich von der Grundlage einer geschichtlich und wirtschaftlich bodenständigen Politik nicht bedrängen lassen wollten. Zu ihnen gehören wir, und weil wir uns der Enttarnung nicht länger verschließen können, daß die Gegenfähigkeit unserer Anschauung zu groß geworden ist, als daß ein wahrhaftiges und befriedigendes Zusammenarbeiten in und mit ihr fernherhin möglich sein wird, sehen wir uns genötigt, unseren Austritt aus der Partei zu erklären.

## Ein Urteil über den Völkerbund.

London, 21. Oktober. Zaglul Pascha äußerte sich nach seiner Rückkehr nach Ägypten zu dem Ergebnis der Londoner Verhandlungen: In den Unterhandlungen mit Macdonald habe man zunächst die Suezfrage besprochen. Den englischen Standpunkt daß der Suezkanal eine lebenswichtige Bedeutung für das englische Reich habe, leugne er nicht.

Er habe darauf hingewiesen, daß die Anwesenheit ausländischer Truppen unberechtigter sei mit der Unabhängigkeit eines Landes. Er habe ein dahingehendes Angebot gemacht, daß der Kanal, da er besetztes Gebiet durchquere, als internationaler Wasserweg anzusehen sei und seine Verteidigung dem Völkerbund zu übertragen ist. Die englische Antwort war, daß England eine materielle und positive Garantie zur Sicherung seiner Verkehrswege haben müsse und daß es unmöglich sei, sich in dieser Hinsicht auf ein Stück Papier zu verlassen. Darauf habe er geantwortet, daß, wenn Verträge in den Händen der Starken keinen Wert hätten, sie erst recht keinen Wert in den Händen der Schwachen hätten.

Er äußerte sich sodann über den Sudan, der nach seiner Ansicht ein untrennbarer Teil Ägyptens sei. Er sagte zum Schluß, daß er, ohne eins von den Rechten Ägyptens aufzugeben, zurückgekommen sei. Ägypten müsse nun seine Rechte bei jeder Gelegenheit betonen. Er hoffe sein Ziel durch Vermeidung jedes Zwistes und jeder Intrige zu erreichen.

Vor nicht allzulanger Zeit wurde Deutschland, das in die Reihen der Schwachen und geschwächten Nationen heruntergedrückt wurde, zum Eintritt in den Völkerbund gedrängt. Auch in Deutschland gibt es noch viele Verechter einer Mittelschicht Deutschlands zum Garantiebund für die Venterlangung seiner Feinde und den gegenwärtigen territorialen Bestand in Europa. Das gewaltige England aber, das zu den Gründern dieser prächtigen Völkerbündnis-Gesellschaft gehört, denkt also nicht daran, sich in Nachfragen auf „ein Stück Papier“ zu verlassen. Nun ist zwar nicht anzunehmen, daß die Völkerbrüderungsphantasie durch die Rede Zaglul Paschas zur Besinnung gebracht werden, aber sie sollte ernsthaft und verantwortliche Politiker in Deutschland in allen Völkerbundsfragen äußerst vorsichtig machen.

## Ritti gegen Versailles.

### Zur Kriegsschuldfrage.

Der frühere italienische Ministerpräsident Ritti, der sich augenblicklich in Dänemark aufhält, hat in Kopenhagen eine Aussere erregende Rede gehalten, die auch für Deutschland von größtem Interesse ist, da er darin die Kriegsschuldfrage in sehr offener Weise anschnitt und sagte:

Der Versailler Artikel 231, der die Verantwortung für den europäischen Krieg ausschließlich Deutschland und dessen Alliierten zuschiebt, hat keine Bedeutung, weil es eine Erklärung ist, die von den Siegern gemacht ist. Das größte Unrecht der Verträge ist, eine Lage der Ungewißheit geschaffen zu haben, eine Trennung zwischen den Siegern und den Besiegten. Selbst das System der Reparationen beruht auf den Schadenersatz, der nicht nur von den Generationen des Krieges und denen, die darauf folgen, sondern auch von den Generationen, die am Schluß des Krieges noch nicht geboren waren, bezahlt werden soll. Das ist, wie die biblischen Flüche, die ganze Völker strafen. Europa ist also durch Verträge in zwei Teile zerlegt. Heute hat das ganze Europa, selbst nach der Entwaffnung der Besiegten, eine Million Männer mehr unter den Waffen, als 1913 und gibt drei Milliarden Franken mehr aus als damals, d. h. daß die Sieger kein Vertrauen in die Ergebnisse der Besiegten setzen.

Ritti stellte ferner fest, daß die Sieger auch schon eifersüchtig auf einander seien und sich wahrscheinlich auch noch in die Haare geraten werden.

Von dem Dawesplan sagte Ritti, er sei die Verneinung dessen, was man verkündet habe: „Selbst um zu zahlen, muß Deutschland eine Anleihe bei seinen Kreditoren aufnehmen. Wäre es nicht einfacher gewesen, man hätte es überhaupt nicht in diese Lage versetzt? Die ganze Welt hat Beweise von Egoismus abgelegt, aber jeder wirft dem anderen Egoismus vor. Deutschland befindet sich in Unordnung. Man hat nichts getan, was uns zum Frieden führen könnte. Die letzten Konferenzen in London und in Genf waren eine Hymne auf den Frieden. Die Wahrheit ist, daß man in den alten Illusionen fortfährt. Man behält den ganzen Mechanismus der Zerstörung bei und spricht vom Frieden.“

## Aus den Geheimakten von Versailles.

Neuerdings kommt weiteres Material aus den Geheimakten von Versailles an die Öffentlichkeit. Dieses Mal handelt es sich um das wichtige Kapitel der Grenz- und Abstimmungsfragen, unter denen Deutschland so unendlich hat leiden müssen. Bei dieser Gelegenheit sind dann auch die 14 Punkte Wilsons gänzlich zerpflückt worden. Zu diesen 14 Punkten gehörte nämlich auch die Feststellung der Staatsgrenzen nach der nationalen Zugehörigkeit der Bevölkerung. Diese Gegensätze kamen in sehr scharfer Weise in der Sitzung des Obersten Rates vom 31. März 1919 zum Ausdruck.

Präsident Wilson sagte hier: „Es ist uns unmöglich, territoriale Abgrenzungen zu garantieren, die wir nicht für gerecht halten.“ Er trat für die Minoritäten ein. Am nächsten Tage

trat Lansing als Vertreter Amerikas auf und sagte: Die amerikanischen Delegierten vertreiben es im Prinzip, eine Grenzlinie auf Grund strategischer Rücksichten zu ziehen. Cambon hatte vorher eine Veränderung der Grenzlinie zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei in der Gegend von Graz vorgeschlagen, um die militärische Lage des neuen Staates in dieser Gegend zu verbessern. Lansing erklärte weiter, daß die Ziehung einer Grenzlinie unter dem Gesichtspunkte der nationalen Verteidigung oder der militärischen Sicherheit dem Geiste eines Völkerbundes ganz und gar widerspreche. Lansing fragte darauf, ob die Kommission nicht für eine Volksabstimmung in dieser Gegend sein würde. Hierauf erwiderte der Franzose Laroche: Wenn eine solche Abstimmung stattfände, so würde das Ergebnis sein, daß die Tschechoslowakei sich erheblich verkleinert finden würde. Lansing warf dazwischen: Das scheint mir kein genügender Grund, um eine Ungerechtigkeit zu rechtfertigen. Schon erklärte, wir können nicht zugeben, daß Deutschland durch Bevölkerungszuwachs verstärkt werde. Wenn die Vereinigten Staaten es ablehnen, dem Gesichtspunkte der nationalen Verteidigung Rechnung zu tragen, so muß ich sagen, daß Frankreich nicht in der Lage ist, von ihm abzugehen.

Die Amerikaner haben bekanntlich schließlich auch in dieser Frage den Franzosen das Feld überlassen und Deutschland mußte die Zechen bezahlen!

## Das friedliche Frankreich.

### Kriegsmateriallieferungen für Tschang-Tso-Lin.

Wie das Reutersche Büro aus Peking meldet, ließ der der französischen Dampfschiffahrtsgesellschaft „Messageries Maritimes“ gehörige französische Dampfer „Chantilly“ am 28. September Hongkong an. Er hatte 18 Breguet-Doppeldecker an Bord, die an eine französische Firma in Nantuschang abgehandelt waren. In Schanghai wurde mitgeteilt, daß das Schiff sich sofort nach Nantuschang begeben und Schanghai erst später anlaufen werde. In Wirklichkeit begab sich „Chantilly“ dagegen nach Dalny, wo die Flugzeuge abgeliefert und mit der Bahn nach Mukden weitergeleitet wurden. Die Flugzeuge besaßen sich in der Obhut französischer Piloten, die erklärten, daß es sich um Verkehrsflugzeuge handele. In Wirklichkeit zeigte die Ausrüstung der Flugzeuge jedoch, daß sie für militärische Zwecke bestimmt sind. Die Abweichung des amtlichen französischen Postdampfers von seinem regelmäßigen Kurs und die Fahrt nach einem nicht deklarierten Hafen, um militärisches Material an Rebellen zu liefern, widerspricht, so wird erklärt, dem Geist der Waffenembargo. Jeder Postdampfer, der Marseille verläßt, habe Ausrüstungen zur Lieferung an Tschang-Tso-Lin, und zwar sowohl mit Zustimmung der französischen als auch der japanischen Regierung, an Bord.

## Deutsches Reich.

Auslegung der Stimmlisten. Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarten für die Reichstagswahl vom 16. bis einschließlich 23. November 1924 auszuliegen sind. In Preußen werden die Listen mit Rücksicht auf die Regelung im preußischen Wahlverfahren vom 15. bis einschließlich 22. November ausgelegt. Näheres über Ort und Zeit der Auslegung geben die Gemeindebehörden bekannt. Einsprüche gegen die Stimmlisten müssen bis zum Ablauf der Auslegungsfrist erhoben werden. Wählen kann nur, wer in die Stimmliste eingetragen ist oder bei Abwesenheit vom Wohnort am Wahltag einen Stimmschein sich rechtzeitig hat ausstellen lassen.

Kleinrentnerfürsorge. Die Deutsche Volkspartei hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, daß das Reich den Kleinrentnern in gleicher Weise wie den Kriegshinterbliebenen, Sozialrentnern und anderen eine feste Grundrente gewährt an Stelle der bis zum 1. April vom Reich geleisteten 80 Proz. der Zuschüsse zur Kapitalrentnerfürsorge. In einem zweiten Antrag wird gefordert, daß die Rentenrechte gegenüber den Selbstverwaltungsorganen gewahrt und im Hinblick auf die unbefriedigende Regelung der Aufwertungsfrage die Bestimmungen über die Sicherheitsleistungen durch Verpfändung und über den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit überall mit größter Schonung gehandhabt werden.

Erbauliches aus Herrn Zeigners Wirkungskreis. Unter dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, rühmlichen Angelebens, wurde der Staatsanwalt Dr. Asmus zum Oberstaatsanwalt in Freiburg befördert. Dieser Herr Oberstaatsanwalt hatte die Privatklage eines Rechtsanwaltes gegen den Regierungsrat Dr. Geyer im öffentlichen Interesse übernommen. Zu dem Termin der Wiederklage Dr. Geyers gegen jenen Asmus-Schützling erschien Dr. Asmus, der nicht als Zeuge geladen war, im Zuschauerraum und ließ sich nachher von dem Gerichtsrendanten Reiseflosten und Zeugengebühren auszahlen (!). Das Gericht kam dahinter, und Herr Dr. Asmus mußte das unrechtmäßig erhaltene Geld zurückzahlen. Regierungsrat Dr. Geyer stellte gegen ihn Strafantrag wegen Betruges. Der Generalstaatsanwalt stellte das Verfahren ein, das Justizministerium billigte das, und der Ferien-Strassenrat des Oberlandesgerichts, zur richterlichen Entscheidung angerufen, schloß schließlich auch. Dieser mit folgender Begründung:

Der äufere Tatbestand des Betruges liege zwar vor, dagegen fehle es an der Möglichkeit eine Feststellung des inneren Tatbestandes. Wenn es auch in hohem Grade befremdlich wäre, daß der Vorstand einer Staatsanwaltschaft von den Bestimmungen über Zeugengebühren keine Kenntnis gehabt haben wolle, ohne weiteres könne man ihm sein Verteidigungsvorbringen nicht als ungläubhaft zurückweisen. „Sedenfalls ist es ihm nicht zu widerlegen.“

## Volksleben und Wirtschaft.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Pirmasens ist augenblicklich die denkbar ungünstigste. Von 50 000 Bewohnern sind 20 Prozent erwerbslos. Eine Schuhfabrik nach der anderen muß ihren Betrieb still legen. Erst vor einigen Tagen haben wiederum acht Schuhfabriken geschlossen. Bezeichnend ist, daß die Arbeiter beim Amtsgericht beantragen mußten, daß über einen Betrieb der Konkurs verhängt wird, weil er seit Wochen an die Arbeiter nur noch Abschlagszahlungen leisten kann.

Das Jahresbrennrecht. Der Beirat der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein hat folgende Beschlüsse gefaßt: Das Jahresbrennrecht wird auf 70 Prozent festgesetzt. Der Branntweingrundpreis beträgt 50 Mark für den vom 27. Oktober ab erzeugten Branntwein. Für den vom 1. Oktober ab hergestellten Branntwein wird ein Zuschlag von 20 Mark gezahlt.



Für extensive Wirtschaft.

Bericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern über die Lage der Landwirtschaft in den Monaten August-September 1924.

In dem letzten Bericht war auf die Bedeutung der Tatsache hingewiesen, daß sich der Vorstand der Landwirtschaftskammer mit der Frage befaßte, ob die Landwirtschaftskammer in Zukunft die Propagierung intensiver Wirtschaft noch verantworten könne.

Wie es in der bekanntgegebenen Entschließung im letzten Bericht zu dieser Frage vorgesehen war, befaßte sich der Vorstand vor Beginn der Herbstbestellung am 15. 9. noch einmal mit der Angelegenheit. Es wurde die nachstehende Entschließung gefaßt:

Die Ansicht auf eine gewisse Erleichterung der ungünstigen wirtschaftlichen Lage in allernächster Zukunft durch bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen hielt den Vorstand der Landwirtschaftskammer davon ab, in seiner Sitzung vom 21. 7. d. J. endgültig zu entscheiden, ob die Notwendigkeit der Einstellung für extensive Wirtschaft für die Landwirtschaftskammer gegeben sei.

Der Vorstand muß leider heute folgendes feststellen: Die Erwartungen auf baldige Besserung der Verhältnisse haben sich nicht erfüllt. Auch heute steht die Landwirtschaft in der Frage der Ein- und Ausfuhr vor einer bössigen Ungewißheit.

Zurzeit sieht sich der Vorstand der Landwirtschaftskammer zu seinem Bedauern gezwungen, die in seiner Entschließung vom 21. 7. ausgesprochenen Warnungen zu wiederholen und den gesamten Beamten und Einrichtungen der Landwirtschaftskammer für die Arbeit in der nächsten Zukunft Richtlinien zu geben, die sich nicht auf Hoffnungen aufbauen, sondern den Erfordernissen der tatsächlichen gegenwärtigen Verhältnisse Rechnung tragen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine gewisse Erleichterung zurzeit unvermeidlich und bereits im Gange ist. Trotzdem wird es das Bestreben der Landwirtschaftskammer sein im Rahmen des Möglichen die Erzeugung von Nahrungsmitteln auf höchster Höhe zu halten.

Die Entscheidung erübrigt Ausführungen über die allgemeine Lage in der Berichtszeit. Über den Stand und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung heißt es in dem Bericht u. a.: Die Witterung der Monate August und September war in ganz Pommern überwiegend ungünstig.

Die Herbstbestellung konnte in diesem Jahre sehr frühzeitig in Angriff genommen werden. Für den Oktober bleiben eigentlich nur noch die von Natur späteren Winterungspläne (nach Hülsen- und Hackfrüchten) zu bestellen.

Sichtlich der Meliorationen wird ausgeführt: Im Monat August und in den ersten Septemberhälfte waren die privaten Meliorationsarbeiten fast völlig eingestellt, da den Besitzern die Mittel nicht mehr zur Verfügung standen.

Außerdem hat die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer als Ergebnis einer Umfrage bei den einzelnen Kammeren, bei deren Verantwortung auch für Pommern entsprechende Mittel angefordert wurden — beim Preussischen Landwirtschaftsministerium die Bereitstellung von 10 Millionen Mark Staatsdarlehensmitteln zur Unterstützung dringend erforderlicher landwirtschaftlicher Neubauten — nach den gleichen Grundfätzen wie zum Bau von Landarbeiterwohnungen — beantragt.

Stadt. Kreis. Provinz.

Von der Post. Der Präsident der Oberpostdirektion Kösslin, Lindow, ist in gleicher Eigenschaft zum 1. November nach Dortmund versetzt.

Polizeibericht. In der Woche vom 13. bis 19. Oktober gelangten von der Schutz- und Verwaltungspolizei 115 Personen zur Anzeige, und zwar 34 wegen Fahrens mit unbefugten Führerwerken bzw. Fahrrädern, 24 wegen Verweilens in Schankstätten über die Polizeistunde, 22 wegen Uebertretung der Verordnung betr. Verkehr mit Kraftfahrzeugen, 6 wegen Fahrens mit Fahrrädern auf Promenaden, 4 wegen nächtlicher Ruhestörung, 3 wegen Handelns mit Fischen in den Straßen während des Wochenmarktes, 3 wegen Ueberschreitung der Polizeistunde, 3 wegen Fahrens auf der falschen Straßenseite (links statt rechts), 3 wegen Verübung groben Unfugs, 2 wegen Erleichterung feiner Verkaufsstände in den Straßen, 2 wegen Umherlaufenlassens von Hunden, 1 wegen Obdachlosigkeit, 1 wegen Bettelns, 1 wegen Verletzung eines falschen Namens, 1 wegen unterlassener Beleuchtung eines Gerüsts, 1 wegen Ausübung der Jagd ohne Jagdschein, 1 wegen Felddiebstahls, 1 wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch übermäßig schnelles Fahren mit einem Fuhrwerk, 1 wegen Fahrens mit einem Fuhrwerk ohne Namenszettel, 1 wegen unvorschriftsmäßiger Fleischabfuhr aus dem Schlachthaus. — Von der Wucherpolizei wurden 2 Personen zur Anzeige gebracht, und zwar 1 wegen Handelns mit Butter ohne Gewerbeanmeldung und 1 wegen unerlaubten Viehgroßhandels.

Keine Arbeitsgelegenheit in Dortmund. Bei einem großen Teil der Bevölkerung des unbesetzten Gebietes, hauptsächlich des östlichen Deutschlands, ist die Meinung verbreitet, daß nach dem Abziehen der Besatzungstruppen in Dortmund günstige Gelegenheiten zur Erlangung von Arbeit und Unterkunft vorhanden ist. Diese Meinung ist durchaus irrig.

Aus dem Theaterbüro. Heute, Donnerstag, ist die letzte Wiederholung von Walzertraum. Morgen, Freitag, geht zum letzten Mal die schöne Operette „Frühlingsluft“ mit Mizzi Schneider in der Hauptrolle in Szene.

Schmolfin. Infolge des heftigen Nordweststurmes strandete dieser Tage an der Küste bei Scholpin ein Motorjägerkutter aus Leba, da ihm Neze in die Schraube gekommen waren.

Vauenburg. Der Vajchnitzer Brand hat leider noch einen Unglücksfall gezeitigt. Unter den Trümmern fanden zwei Knaben eine Sprengpatrone. Sie legten diese auf einen Stein und schlugen in kindlichem Unverständnis mit einem zweiten Stein auf sie ein.

Kerlow. Tödlicher Unglücksfall. — Der im Dienste der Ruthenowand Gutsverwaltung stehende jugendliche Knecht Kleber befand sich mit einem leeren Kastenwagen auf dem Wege zum Bahnhof, um künstlichen Dünger zu holen.

Stettin. Ein hübscher Fußmarsch. — Der 65jährige Herr Otto Kellin hat seine am 18. Juni von hier aus begonnene Wanderung quer durch Deutschland glücklich beendet.

Basewall. Pech! — Bei der Sportplatzballotterie fiel auf Los Nr. 1550 eine Standuhr. Der glückliche Besitzer dieses Loses hat aber sein Glückselos so gut aufgehoben, daß er es nicht mehr finden kann, obwohl er schon bald das ganze Haus umgedreht hat.

Swinemünde. Aus dem Fenster gestürzt hat sich in der Nacht zum Montag eine in einem Hotel abgestiegene Frau aus Berlin. Die Frau, die aus dem zweiten Stockwerk absprang, wurde von einer Polizeistreife bewußtlos aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht.

Der Altstädter Kirchenchor brachte gestern abend im Schlachthaus vor einem starken Zuhörerkreis eine Uraufführung: „Der Erntekranz“ von N. Gabriel zur Aufführung. Das Werk ist auf den Volksliederton eingestuft und eignet sich ganz besonders für gemischte Chöre.

Der Altstädter Kirchenchor brachte gestern abend im Schlachthaus vor einem starken Zuhörerkreis eine Uraufführung: „Der Erntekranz“ von N. Gabriel zur Aufführung. Das Werk ist auf den Volksliederton eingestuft und eignet sich ganz besonders für gemischte Chöre.

Der Altstädter Kirchenchor brachte gestern abend im Schlachthaus vor einem starken Zuhörerkreis eine Uraufführung: „Der Erntekranz“ von N. Gabriel zur Aufführung. Das Werk ist auf den Volksliederton eingestuft und eignet sich ganz besonders für gemischte Chöre.

Letzte Meldungen.

Die Umbildung der Deutschen Rentenbank.

Berlin, 22. Oktober. Die neuen Satzungen der Deutschen Rentenbank sind von der Reichsregierung genehmigt worden. Die Vertreter von Industrie, Banken, Handel und Gewerbe scheiden damit demnächst aus dem Aufsichtsrat und Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank aus.

Der Dank der Reichsregierung an Dortmund.

Berlin, 22. Oktober. Anlässlich der heute erfolgten Räumung Dortmunds durch die Franzosen hat der Reichsminister an die Stadt Dortmund ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt:

„Die militärische Räumung des Abschnitts von Dortmund und Hördre gibt mir Veranlassung, Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und der Bevölkerung meinen aufrichtigsten Glückwunsch auszusprechen. Ich verbinde damit den herzlichsten Dank und die wärmste Anerkennung der Reichsregierung für all das, was die Bevölkerung während der zurückliegenden Zeit für das gesamte deutsche Vaterland auf sich genommen hat.“

Bohwinkele geräumt.

Hagen, 22. Oktober. Wie das Besatzungsamt von Bohwinkele mitteilt, sind die Franzosen heute morgen gegen 5.30 Uhr nach dreiwerteljähriger Besetzung von dort abgezogen.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Bericht vom 22. Oktober 1924.

Ämtlicher Bericht.

Auflrieb: Rinder 1511 Stück, darunter 402 Bullen, 379 Ochsen, 730 Kühe und Färden; Kalber 1840 Stück; Schafe 2700 Stück, Schweine 8926 Stück; Ziegen 5 Stück; — Ferkel: 1083 Auslandschweine.

Table with columns for animal categories (Rinder, Schafe, Schweine, etc.), quality descriptions (e.g., vollfleischig, ausgewachs.), and prices in Goldmarks per 100 lbs live weight.

Marktläuf. Bei Rindern ziemlich glatt. Bei Kälbern ruhig. Bei Schafen und Schweinen ziemlich glatt.

Stettiner Getreidenotierung vom 22. Oktober. Inl. Roggen 223 (ruhig), Inl. Weizen 226 (ruhig), Hafer 180 (ruhig), feiner über Notiz, Inl. Gerste 240-260, feine über Notiz, Futtergerste 210-220, feine über Notiz.

Berliner Butternotierung.

Ämtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufverband Norddeutscher Molkereien, Berlin G. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 22. Oktober 1924. 1. Qualität 2,03, 2. Qualität 1,83, abfallend 1,48 Goldmark. Tendenz: stetig.



# Schuldbeladen.

Roman von Heinrich Liaden.

19. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten)

Welch eine gottbegabte Hand, die diese Töne schuf!  
Und sie lauschte und lauschte — und dachte nicht mehr an  
Flucht.

Bis das phantastische, dämonisch-schöne Tongewirr mit  
einem disharmonischen Akkord wie ein wilder Schrei ver-  
kummt.

Und wie ein wilder Schrei fuhr es durch die Seele der  
einsamen Frau. Diese Hand, die sie gottbegnadet genannt  
hatte — war sie nicht vielmehr von Gott verflucht? War es  
nicht eine Hainzhand? Hatte sie nicht einen Menschen ge-  
mordet?

Und wieder packte sie das Entsetzen und trieb sie vom  
Stuhle in die Höhe.

„Fort — nur fort — um jeden Preis —“

Da trat das Mädchen zu ihr ins Zimmer und überreichte  
ihr die Karten von Tarleton und Carce.

Ihr erster Impuls war, den Besuch abzuweisen. In dieser  
schrecklichen Stimmung mit fremden Menschen plaudern — über  
Dinge, die für sie gar kein Interesse haben konnten!

Dann aber sah sie ein, daß sie sich dem Zwang der Etikette  
fügen müsse. Noch gehörte sie zu ihrem Manne, wenigstens  
vor der Welt. Und ein Künstler, der in der Öffentlichkeit  
lebt, muß der Öffentlichkeit bis zu einem gewissen Grade sein  
Haus erschließen.

Sie fandte das Mädchen mit den Karten zu ihrem Gatten,  
ordnete ein wenig an ihrer Toilette und stand eine halbe Mi-  
nute später, mit einem schwachen, verbindlichen Lächeln auf  
den Lippen den beiden Herren gegenüber.

Sie sah zwei Augenpaare mit mehr als gewöhnlichem In-  
teresse auf sie gerichtet — und während sie mit leichter Neigung  
ihres Hauptes die Verbeugung der beiden Herren erwiderte,  
machte sie die Bemerkung, daß der Blick der kalten grauen Au-  
gen des einen mit scharfen, durchdringendem Forschen auf  
ihren Zügen ruhte. Eine unangenehme Empfindung beschlich  
sie — sie hatte das Gefühl, als trete ihr in diesem ihr ganz  
fremden Mann ein Feind in den Weg.

War es dieses Gefühl bei Melitta, war es das Bewußtsein  
der feindseligen Absicht, die die Besucher in dieses Haus ge-  
führt hatte —? Tatsache war, daß jeder von den dreien eine  
sekundenlang peinliche Verlegenheit empfand.

Der allzeit gewandte Franzose war es, der diese Situ-  
ation abtünzte. Er stellte nochmals sich und den Marquis vor

und sagte dann mit einem verbindlichen Lächeln zu Melitta  
gewandt:

„Wir hörten bei unserem Eintritt Herrn Strateau spielen,“  
begann Carce. „Hoffentlich unterbrechen wir nicht eine jener  
stillen Stunden, deren der Künstler zur Sammlung und gehe-  
men Zwiegespräche mit seiner Muse dringend bedarf?“

„Durchaus nicht. Mein Mann macht zu dieser Zeit nur  
seine ständigen Übungen, die den Zweck haben, seine Technik  
zu vervollkommen. Ich habe ihn von Ihrem Besuch bereits  
benachrichtigen lassen.“

Die beiden Herren verbeugten sich.

„Eine vollkommene Technik halte ich kaum für möglich,“  
bemerkte der Journalist. „Mein Rezensentenberuf hat mich mit  
vielen Geigerkönigen zusammengeführt, doch ich muß ehrlich be-  
kennen, daß ich eine solch phänomenale Sicherheit der linken  
Hand nie übertroffen sah.“

„Ach, jetzt erinnere ich mich Ihres Namens,“ versetzte  
Melitta. „Sie schrieben das Feuilleton in der Gazette über  
das erste Auftreten meines Mannes.“

„Sie haben den Artikel gelesen?“ rief der Journalist  
eifrig. „Dann wird Ihnen aufgefallen sein, daß er sich von  
der Art gewöhnlicher Konzertrezitate merklich unterscheidet.“

„Ja, es ist weniger eine Kritik, als — wie soll ich sagen  
— eine psychologische Studie,“ versetzte Melitta reserviert.

„Sehr richtig, das sollte es auch sein. Sie werden mir  
zugeben, daß die Erscheinung des Herrn Strateau und die Art  
seines Spiels ein mehr wie künstlerisches Interesse hervor-  
rufen muß. Ich meine, diesen Künstler kann nur der verstehen,  
dem es gestattet ist, einen Blick in sein Seelenleben zu tun.“

Ein Zittern überlief die Gestalt der jungen Frau, ihre Ge-  
danken flogen weit fort aus der Gegenwart. Wie unter einer  
schweren Last senkte sie das Haupt, und wieder hatte sie das  
Gefühl, als müsse sie vor dem gewaltig heranbrausenden  
Strom fliehen.

Und während ihr Geist abwärts weifte und sich gegen be-  
drohliche Gestalten wehrte, bohrten sich zwei scharfe, unerbit-  
liche Augen in ihre Seele und forschten dort an Schuldbeweisen.  
Diese Augen sahen das Zucken ihrer schmalen Lippen, sie  
sahen, wie sich die schmalen, durchsichtig bleichen Hände in-  
einanderkrampften. Und um die Lippen Tarletons schlich ein  
kaltes Lächeln.

„Es wäre mir sehr interessant, aus Ihrem Munde zu er-  
fahren, ob die Definition dieser Menschenseele mir gelungen  
ist,“ wandte sich Gaston Carce an Melitta.

Sie blickte zu dem Sprecher empor. Dann gingen ihre  
Augen unwillkürlich zu dem Gesicht des Marquis, der noch  
kein Wort gesprochen hatte. Und sie sah, wie ungemein durch-

dringend die Augen dieses Mannes auf ihrem Gesicht ruhten,  
wie in gespannter Erwartung, was sie antworten werde.

Verwirrt blickte sie vor sich nieder.

„Die Beurteilung einer Menschenseele und alles dessen,  
was darin vorkommt, ist sehr schwer,“ antwortete sie zurückhal-  
tend, in der Absicht, eine weitere Erörterung abzubrechen.

Nun ging die Tür auf und Strateau trat ins Zimmer.  
Auf der Schwelle blieb er stehen, seine dunklen Augen glitten  
von einem zum andern. Dann trat er langsam bis in die  
Mitte des Zimmers, machte den beiden Herren eine steife Ver-  
beugung und wechselte mit Melitta einen stummen Gruß.

„Neben dem Wunsche einen der bedeutendsten Violinkünst-  
ler unserer Zeit persönlich kennen zu lernen,“ begann Carce  
die Unterhaltung, „führt mich der Auftrag des Herrn Profes-  
sors Gringoire zu Ihnen, seine Grüße Ihnen zu überbringen.“

„Ah, Sie sind mit Herrn Professor Gringoire bekannt?“

„Er ist mein Onkel.“

„Ein würdiger Herr. Wir haben manche gute Stunde mit  
einander verlebt. Paris ist eine schöne Stadt. Die Zeit, die ich  
dort verlebte, war so schön, daß ich gerne daran zurückdenke.“

„Paris ist wohl nicht Ihre Heimat?“ forschte Tarleton.

„D nein. Ich war nur ein Jahr dort — Studien halber.“

„Ihrer Sprache nach sind Sie überhaupt kein Franzose,“  
fuhr der Marquis fort, „trotz Ihres französisch klingenden  
Namens.“

Strateau zögerte einen Augenblick mit der Antwort.

„Nein, meine Wiege stand nicht auf französischem Boden,“  
sagte er dann zurückhaltend.

Einen Augenblick herrschte Schweigen.

„Sie wissen, daß die Welt es liebt, sich mit dem Leben, der  
Vergangenheit und dem Wesen eines berühmten Künstlers zu  
beschäftigen,“ bemerkte Carce lächelnd. „So viel ich weiß, sind  
über Ihr Leben vor Beginn Ihrer Ruhmeslaufbahn wertvolle  
oder gar keine Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen.“

Auf der Stirne Strateaus grub sich eine finstere Falte.

„Dieses Eindringen in das Privatleben wird schon man-  
chem Künstler sehr peinlich gewesen sein.“

„Glauben Sie? In der Regel weiß doch der, der sich mit  
seiner Kunst vor die Augen der Welt stellt, daß diese Welt ein  
Anrecht an ihm hat.“

„An seiner Kunst wohl — und auch das nur bedingt —  
nicht aber an seinem Leben.“

„Was ist denn seine Kunst anders, als ein Teil seines Le-  
bens? Das technische Können allein macht nicht den Künstler.  
Er wird es erst, wenn er versteht, seine Seele, das ist sein Le-  
ben, in seine Kunst zu legen und beide mit einander zu ver-  
schmelzen.“



## Deutschnationaler Volksverein

Stolz Stadt und Land.

# Oeffentl. Wahlversammlungen

finden statt:

Freitag, den 24. Oktober in Schmolzin,

Sonnabend, den 25. Oktober in Glowitz,

Sonntag, den 26. Oktober in Lupow,

Montag, den 27. Oktober in Schwarz-Damerkow,

Dienstag, den 28. Oktober in Budow.

==== Sämtliche Versammlungen abends 8 Uhr. ====

Redner: Herr von Trotha.

Näheres auf den ortsüblichen Aushängen.

## Deutschnationaler Volksverein.

Sonnabend, den 25. Oktober, Vorm. 11 Uhr

findet im Schützenhause zu Stolz eine

außerordentliche

# Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

Genehmigung der Eröffnungsbilanz in Goldmark.

## Stolper Viehverwertungs-Gesellschaft

e. G. m. b. H. zu Stolz.

Der Vorstand.

## Zwangs- Versteigerung.

Am Sonnabend, den 25.  
Oktober 1924, vorm. 11 Uhr,  
werde ich auf der Band-  
tammer Stolz, Sandberg 1.

1 Aderwagen, Stiefel,  
Hängelampe, Porzellan-  
service (chinesisch), Möbel,  
Teppich, Lampen, Klavier,  
Cognac, Tabak, Zigarren,  
Motorräder, Kontormöbel,  
Druckapparat, Schreibma-  
schine u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen  
sofortige Barzahlung ver-  
steigern

Scheuermann,  
Ober-Gerichtsvollzieher  
Stolz i. B., Uhlandstraße 12.

## Zwangs- Versteigerung.

Am Sonnabend, den 25.  
Oktober d. Js. vorm. 11 Uhr  
werde ich Sandberg 1 folgende  
Begenstände als:

2 Sofa, 1 Standuhr,  
1 Chaiselongue mit Decke,  
4 Stühle, 1 Rauchtisch,  
160 Kisten Zigarren

öffentlich meistbietend gegen  
sofortige Barzahlung ver-  
steigern

Stolz, d 23 Oktober 1924  
Saieneh,  
Gerichtsvollzieher

Junger Mann 22 Jahre  
alt, sucht Stellung als  
**Expedit, Lagerist  
oder Verkäufer**

für Kolonialwaren. Angeb.  
erbitet die Geschäftsstelle  
dies Blattes unt. Nr. 509.

Junger selbständig. Kauf-  
mann sucht zum 1. 11. 24  
**1 oder 2 möbl. Zimmer**

ohne Pension  
möglichst Zentrum u partere.  
Gefl Angebote unter An-  
gabe von Lage und Preis  
sind unter P. 1124 an die  
Geschäftsst. d. Btg zu richten

## Stadttheater

Tel. 419 Direktion: Hans Schneider. Tel. 419

Donnerstag 7 1/2 Uhr zum letzten Male

### „Ein Walzertraum“

22 Mann Orchester.

Freitag 7 1/2 Uhr

### „Frühlingsluft“

22 Mann Orchester.

Sonntag 3 1/2 Uhr Halbe Preise

zum

letzten Mal „Frasquita“

Montag und Dienstag Große Oper

### „Alessandro Stradella“

mit L. Schwarz u. E. Woltwich, Berlin a. G.

Theater ist geheizt.

Jeder Stand trinkt **Brandt**

## Aechter Brandt

Marke  
»Pfeil«  
**Coffee**

Vollkommenster Kaffeezusatz  
nicht immer der billigste, aber  
der **beste** von **Qualität**

und daher doch am preiswertesten!  
In jedem einschl. Geschäft zu haben!